Beschlussvorlage
MRB-GST/015/2025

| Beratung | Datum | Behandlung | Ziel |
|---|---|---|---|
| **Stadtrat** | 25.03.2026 | öffentlich | Beschluss |

**Betreff:**
**Aktionsplan „Queeres Nürnberg – Stark durch Vielfalt„**

**Anlagen:**
Aktionsplan "Queeres Nürnberg - Stark durch Vielfalt"

**Sachverhalt (kurz):**

Sachverhalt (kurz): Trotz des grundrechtlich vorgeschriebenen Diskriminierungsverbots können Menschen, in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht der heterosexuellen Mehrheit angehören von Ausschlüssen, Benachteiligungen oder Diskriminierungen betroffen sein. Die Geschichte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans* und Interpersonen (LSBTIQ*) ist eine Geschichte von Ausschlüssen, aber auch von Empowerment. Um gesellschaftlich zu Sichtbarkeit, Sicherheit und Wahlfreiheiten beizutragen aber auch um das umfassende Regelangebot der Kommunen für LSBTIQ*-Belange zu sensibilisieren und zu öffnen, wurde 2022 der erste Aktionsplan „Queeres Nürnberg“ erarbeitet und vom Stadtrat beschlossen. Die Erfahrungen aus dem ersten Aktionsplan haben die Wirksamkeit der Maßnahmen und Aktivitäten belegt, aber auch neue Bedarfe sichtbar gemacht. So hat beispielsweise seit 2022 die Bedrohungssituation gegenüber queeren Menschen enorm zugenommen. Sowohl individuelle Beleidigungen oder gewaltsame Übergriffe sind stark angestiegen aber auch Attacken auf queere Großveranstaltungen wie den Christopher Street Day, 111 Vorfälle zu queeren Großveranstaltungen wurden allein 2025 erfasst. Die Bedarfe zeigen sich aber auch in anderen Bereichen, in welchen noch keine gute kommunale Versorgungsstruktur besteht wie z.B. zu Inklusion, Migration und Gesundheit. Dem Stadtrat wird der zweit kommunale Aktionsplan zu LSBTIQ*-Themen vorgelegt. Beschrieben wird neben Grundinformationen zu LSBTIQ-Leben auch der Entwicklungsprozess des Aktionsplans, dem ein breit angelegter Beteiligungsprozess vorausging. Die Nürnberger Community, LSBTIQ*-Fachgremien und –Verbände, Expert*innen, Fachberatungsstellen, die Polizeiinspektion Mitte und Sozialverbände waren aufgerufen, sich an dem Prozess zur Fortschreibung des Aktionsplans zu beteiligen. Neben Formaten in Präsenz und Expert*inneninterviews wurden auch digitale Beteiligungsmöglichkeiten angeboten. Entlang von Handlungsfeldern werden in den nächsten vier Jahren umfassende Maßnahmen umgesetzt, die folgenden Leitgedanken folgen:

1. Sensibilisierung und Qualifizierung der Verwaltung
2. Öffnung der Verwaltungsangebote für die Community, Entwicklung von Angeboten zu spezifischen Bedarfen
3. Mehr Sichtbarkeit und Vernetzung mit der Community
4. Stärkung und Weiterentwicklung der Communitystrukturen Nürnbergs

Für den Umsetzungsprozess verantwortlich ist die verwaltungsübergreifende Koordinierungsgruppe zum Aktionsplan, die neben Verwaltungsbeschäftigen auch Menschen aus der Zivilgesellschaft enthält. Dies ermöglicht die Verankerung und Kommunikation zum Umsetzungsstand der Maßnahmen in der Community ebenso, wie die bedarfsgemäße Nachsteuerung bei kurzfristigen Problemlagen. Die Geschäftsführung der

Koordinierungsgruppe und für den Aktionsplan liegt im Menschenrechtsbüro/Beauftragte für Diskriminierungsfragen.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Bedarfsanmeldungen erfolgen durch die jeweiligen Dienststellen.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Gesamtkosten** | € | **Folgekosten** | € pro Jahr |
| | | ☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum | |
| davon investiv | € | davon Sachkosten | € pro Jahr |
| davon konsumtiv | € | davon Personalkosten | € pro Jahr |

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Berücksichtigung der Belange von LSBTQ* im Verwaltungshandeln trägt zur Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Sicherheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens bei.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Annahme des zweiten Aktionsplans „Queeres Nürnberg – Stark durch Vielfalt“ und beauftragt die Stadtverwaltung mit dessen Umsetzung und Fortschreibung.